

Sodert, Chemnitz: Ich habe im wesentlichen etwas anderes zu sagen, als unser Kollege Ellinger. Das kommt wohl daher, daß sich Ellinger mit dem Problem der Sozialisierung nicht so befaßt hat, wie es notwendig wäre. Die Dinge stehen doch so, daß wir nicht mehr zu fragen haben: sind die Voraussetzungen für die Sozialisierung gegeben? sondern nach meinem Dafürhalten ist es so, daß durch diesen Krieg die kapitalistische Ordnung kaputtgegangen ist, und daß es nun darauf ankommt, eine neue Ordnung aufzubauen. Mögen die Schwierigkeiten so groß sein, wie sie wollen, wir müssen die Probleme lösen bei Stufe unseres Untergrundes. Die gegenwärtigen Zeitschäfte lösen uns nicht lange Jahre Zeit, mit der Lösung dieser Probleme zu warten. Im Baugewerbe mag es ja sein, daß es nicht darauf ankommt, ob man das Brotfen heute oder morgen isst, aber es gibt andere Gewerbe, wo die Probleme des Wiederaufbaus der Wirtschaft gelöst werden müssen in den nächsten drei Monaten. Darum habe ich nicht danach zu fragen: ist das Baugewerbe reif für die Sozialisierung, sind die Menschen reif für die Sozialisierung? sondern ich muß mit den vorgefundenen Bedingungen den Wiederaufbau der Wirtschaft leisten, oder ich werde mich als unfähig erweisen. Die Frage der Reife eines Betriebes für die Sozialisierung ist für einen Sozialisten eine Frage, die er nicht stellen soll. Die Wirtschaft kann entweder als Ganzes, oder gar nicht sozialisiert werden. (Sehr richtig!) Dazu werden alle durch, die wirklich die Probleme der Sozialisierung einmal durchgedacht haben, die sich einen Begriff machen können von den Differenzen, die entstehen würden, wenn ein Teil der Wirtschaft sozialisiert, ein anderer Teil nicht sozialisiert würde. Die Hindernisse würden so unendlich sein, daß man nur ein neues Chaos anrichten würde, und darum muß man auch die Betriebe sozialisieren, die nicht reif sind. Soweit also der Betrieb in Frage kommt, ist für mich das Problem nicht: ist er reif? sondern nur: es ist notwendig, diesen Betrieb der neuen Wirtschaftsordnung mit seinen Einzelheiten anzupassen.

Nun kommt die Frage der Menschen. Es muß ich auch wieder sagen: der Sozialist kann nicht erst warten, bis die Menschen dazu reif sind. Er hat auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung gelernt, daß der Mensch ein Produkt der Verhältnisse ist, in denen er lebt. Er ist nicht unter Bewußtsein, was unter Sein, sondern umgekehrt unter gesellschaftlichem Sein, was unter Bewußtsein bestimmt. sagt Karl Marx in der berühmten Vorrede zur Kritik der politischen Ökonomie. Das heißt, auf die heutigen Verhältnisse übertragen und überhaupt auf alle Verhältnisse: der Mensch wird so, wie die Wirtschaft ist, in der er lebt, und daher wird der wirklich sozialistische Mensch erst in der sozialistischen Wirtschaft werden können. (Sehr richtig!) Sicherlich ist es wahr, daß in dieser sozialen Revolution, in der wir jetzt die historische Mission der Befreiung der Massenbewegung zu erledigen haben, das Proletariat nicht so vorbereitet daran geht, als das Bürgertum vorbereitet war. Unseren sozialen Revolution ist eben nicht ein Zeitalter der Aufrüstung vorausgegangen. Wir waren immer die Unterdrückten, die Paria, die ferngehalten wurden von all den Dingen. Und dann ist es auch ganz einfach: die Revolution, die die kapitalistische Ordnung einleitete, war viel leichter zu lösen; denn da galt es, eine alte Privilegienverteilung aufzulösen und dann jedem zu überlassen, was er tun wollte. Der Sozialismus ist aber nicht eine Organisation von lauter Individuen, die den freien Willen haben, zu probieren, wie sie wollen, falls sie die ökonomischen und politischen Schwierigkeiten überwinden können, sondern hier kommt eine organisierte Proletariat in Frage, hier müssen sich Millionen einem ganz bestimmten Organisationsprinzip unterwerfen, und unter solchen Umständen ist es natürlich, daß eine proletarische Revolution, wenn sie den Neubau der Gesellschaft leisten will, größere Hindernisse zu überwinden hat, als die kapitalistische, die nur den alten Privilegienstand zu zerstören hatte und dann freie Bahn hatte, während wir gleich einen neuen organisierten Apparat in die Welt setzen müssen. An dieser Größe der Aufgabe, die uns gestellt ist, scheitern sehr viele von unsern Gewerkschaftsgenossen, viele, die in der Arbeiterbewegung tätig sind, die nun die Arbeiter sehen, wie sie dumm sind, was für viele Fehler sie machen, die sagen, wie können viele großen wirtschaftlichen Probleme mit diesen dummen Menschen, die Tausende und Millionen verschiedene Interessen haben, und die gar nicht abzurufen können, ob dies oder jenes richtig ist, nicht lösen. Und wenn sie zu solch einem Standpunkt kommen, wo sie nun an dieser Phase zweifeln, dann müssen sie so sprechen, wie Ellinger gesprochen hat, der nicht glaubt, daß die Arbeiter das können. Ich gehe nicht von diesem Standpunkt aus, ich sage: so wie die Arbeiter sind, so müssen sie genommen werden, und darum werde ich bei der Lösung der großen sozialen Aufgabe auch all die Fehler, all die Dummheiten und all die schlimmen Dinge, die die Arbeiter begehen werden, mit in meine Rechnung stellen. Ich muß nun dornigeren sagen: Der Arbeiter wird Fehler machen; diese Fehler sind der Arbeiter aber auch fortzuerlösen. In der bisherigen kapitalistischen Ordnung wurden auf Fehler gemacht; aber die kapitalistische Ordnung wurde auf Fehler gemacht; aber die kapitalistische Ordnung wurde auf Fehler gemacht, auf unsern Mängeln fortzuerlösen. Die Kapitalisten hatten in der Regel nicht die Zeit zu tragen, sondern wir Arbeiter. Wir werden, wenn wir die sozialistische Revolution jetzt machen, unsern neuen gesellschaftlichen Organismus aufbauen, ebenfalls Fehler machen, aber da werden wir unmittelbar merken: das war dein Fehler, und du mußt das in Zukunft anders machen, und so werden wir viel schneller lernen.

Also, ich werde nicht erst mit der Sozialisierung warten, bis der Betrieb reif ist und bis die Menschen reif sind; denn ich weiß gar nicht, ob mein Kopf dazu imstande ist, das zu erkennen, wenn der Meißel gegengetreten ist, und dann rechne ich auch mit lebendigen Menschen, die eben nicht mehr warten wollen. Sie dürfen doch nicht der Meinung sein, daß diese Streiks, die gegenwärtig im Lande vor sich gehen, angeflist worden sind von einer Anzahl Verbrecher. Nein, hier sind Erzieher am Werke, wo die Leute sich sagen: so kann es nicht weitergehen, wir wollen nicht in die kapitalistische Ordnung zurück und wir werden nicht zurückgehen, eher werden wir sterben. (Sehr richtig!) Das sind doch die wirklichen Gründe, die die Menschen veranlassen, wenigstens einen beträchtlichen Teil, zu streiken. Das können wir doch nicht herausstreifen aus den Menschen, das sind nicht Sachen, sondern lebendige Individuen, ausgestattet mit einem Willen, ausgestattet mit bestimmten Bedürfnissen. Darum muß die Politik, die betrieben wird in der Frage der sozialen Revolution, der Umgestaltung unseres Staates, mit lebendigen Menschen rechnen, die vorhanden sind. Jede andere Politik, die nicht mit lebendigen Menschen rechnet, sondern die sie nur als Sachen, als Automaten behandelt, wird schamhaft sich scheitern lassen, und wenn noch soviel logische Weisheit, immer und immer wird es wieder aufsteigen.

Nun sagt Ellinger, im Erfurter Programm sei über die Sozialisierung nichts gesagt. Er irrt sich. Die Verfassung der Produktion und des Grund und Bodens, das ist die Sozialisierung. Es könnte höchstens gesagt werden, es ist nicht der Weg in der Einzelheiten angegeben. Aber auch da sieht im Erfurter Programm: die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die politische Macht des Staates zu erobern, um die Expropriation der Expropriateure vorzunehmen. Darum sage ich, dies Erfurter Programm — selbst wenn das heute von Staatshöfen bestritten wird — predigt die proletarische Diktatur. Wer das bestreitet, der ist mit dem Wesensinhalt des Erfurter Programms nicht vertraut. Auch in den Schriften von Marx und Engels wird immer wieder die Diktatur der Arbeiterklasse als notwendig vorausgesetzt der Verwirklichung der Produktionsmittel; denn es ist doch ganz unmöglich, einen Neubau zu machen, wenn der eine sagt, hier wird ein Pfeiler gemacht, und der andere sagt: nein, der Pfeiler wird hier nicht gemacht, wir werden einen Bogen spannen; der Pfeiler kommt dahin. So ist es in der Ordnung, wo wir leben. Die Demokratie, die wir haben, sagt nämlich, daß die anderen mitreden sollen, wie der Neubau gemacht wird. Da aber die andere die Ausschließung der kapitalistischen Privatigentums, der kapitalistischen Produktionsweise wollen und wir die Arbeiter sind, sind wir zum Kompromiß geneigt oder gezwungen, und wenn wir einen Kompromiß machen, werden wir den Neubau nicht schaffen; denn wenn der eine aufbaut, reißt der andere nieder. (Sehr richtig!) Politisch mag die Demokratie den Weg sein; jedoch wir anfangen, die soziale Frage zu lösen, ist die Demokratie unbenutzbar. Der kapitalistische Staat ist eine Institution, wo verschiedene Klassen vorhanden sind mit verschiedenen wirtschaftlichen Interessen, und der Staat wird durch seine Macht immer den Interessen der höheren Klassen zu. Die sozialistische Ordnung ist keine Klassenordnung, sondern eine Gesellschaft von Menschen mit gleichen ökonomischen Interessen, und darum ist die sozialistische Ordnung nicht eine Institution, sondern eine Verwaltungsinstitution. Aber bis wir zu dieser sozialistischen Verwaltungsinstitution kommen, ist eine Zwischenglieder notwendig, und zwar die Zeit, wo die kapitalistische Gesellschaft zerstört wird, wo die Klassenvergesellschaftung zerstört wird, wo die Klassen aufgehoben werden, und da ist die Einrichtung des proletarischen Staates, der proletarischen Gewalt nach unserer Meinung der einzige Weg, die Klassenvergesellschaftung zu brechen. Ich will mich mit Ihnen darüber nicht lange streiten. Ich denke, das können wir ganz gut der historischen Entwicklung der nächsten Monate überlassen. Ich bin überzeugt, sie wird beweisen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und daß Ihre Auffassungen die falschen sind.

Was ist die Frage: Was ist die Gesellschaft? Ist für einen Sozialisten irgend ein Begriff der Gesellschaft zu definieren, sondern es kommt für uns darauf an: was ist die sozialistische Gesellschaft? Die sozialistische Gesellschaft ist die Gemeinschaft der Menschen auf einem bestimmten Territorium, so groß, wie man es denken will, mit gleichen wirtschaftlichen Interessen. Und darum ist auch die Frage des gesellschaftlichen Eigentums leicht gefaßt. Das ist gesellschaftliches Eigentum, woran die Gesamtheit der Menschen das gleiche Interesse hat. Nicht mein Rod, nicht Fröschens Tabakpfeife, nicht Ellingers Regenohr sind gesellschaftliches Eigentum, sondern die Silber oder die Bücher, die ich in meiner Wohnung habe, sondern diejenigen Dinge, mit denen die Gesellschaft ihr Leben erhält, also die Produktionsmittel und der Grund und Boden. Nun wird jetzt viel von Verstaatlichung gesprochen, und die Leute, die uns warnen wollen, daß Verstaatlichung eine Verstaatlichung, eine Sozialisierung sei, befinden sich im Irrtum, oder wollen diesen bei vielen Arbeitern vorhandenen Irrtum systematisch aufrechterhalten. Da gegenwärtig die Welt. Wenn wir nämlich die kapitalistische Privatigentums, sei es nun an Grund und Boden, an Maschinen, an Werkzeugen, an Bergwerken, den Kapitalisten ablaufen und es in Staatsbesitz übernehmen, dann haben wir noch nicht eine sozialistische Ordnung, sondern dann haben wir einen Staatskapitalismus aufgerichtet. Da verstaatlichen aus dem Gesichtsfeld der Arbeiter der privat-

kapitalistische Unternehmer, er wird hinter den staatskapitalistischen Vorhang gestellt, aber die kapitalistische Ausbeutung bleibt in ihrem Wesensinhalt bestehen. Das kann aber nicht Sozialisierung sein, das kann nicht die soziale Revolution sein; denn die soziale Revolution kann nur darin bestehen, daß wir überhaupt die Ausbeutung der Menschen abschaffen.

Nun mag es Arbeiter geben, die ganz sinnlose Gedanken haben; aber wir sind nicht so einseitig, daß uns gesagt zu werden braucht, in einer sozialisierten Gesellschaft werde nicht der ganze Arbeitsertrag verteilt werden können. Wir müssen, daß die Kinder und Greise, die Kranken und Krüppel erhalten werden müssen. Es wird auch in der besten planmäßig eingerichteten Gesellschaft noch vorkommen, daß in irgendeinem Produktionszweig Arbeitskräfte mal überschüssig werden, und man sie nicht so schnell in einen andern überführen kann. Die muß man auch erhalten. Nicht der gesamte Arbeitsertrag soll verteilt werden. Das Verteilen ist überhaupt nicht die Hauptsache in der sozialisierten Gesellschaft, das ist erst eine untergeordnete, eine sekundäre Erscheinung. Die Gemeinschaftsarbeit für das Ganze, wo keiner sich von der Arbeit drücken kann, ist die Hauptsache, daß man die Produkte wiederum verteilt, um zu leben, das kann mit keinem Kopf und mit keinen Händen, der darf nicht einverstanden erklären mit einer solchen Sozialisierung, wo der Staat den Kapitalisten ihren Grund und Boden, ihre Produktionsmittel abkauft und ihnen dann eine Rente zahlt, sondern wir müssen verlangen, daß all diese Dinge enteignet werden (Sehr richtig!) und die Kapitalisten auch zu Arbeitern gemacht werden. (Sehr richtig!) Darauf kommt es an: auf die Arbeitspflicht für jeden. Die Arbeitsleistung ist eine Vorbedingung, daß der Mensch Essen bekommt und Wohnung bekommt, es sei denn, daß er nicht arbeiten kann. Die, die nicht arbeiten können, müssen natürlich auch erhalten werden. Aber wer arbeiten kann mit seinem Kopf und mit seinen Händen, der darf in einer sozialisierten Gesellschaft, wenn er nicht arbeitet, nicht die Berechtigung haben, zu essen oder zu wohnen oder sich zu heiden; diese Parastaten kann es in einer sozialisierten Ordnung nicht geben. (Sehr richtig!)

Was ist aber nun zu tun, um zu dieser Ordnung zu kommen? Da ist nach Marx dafür zu sorgen, daß zuerst das Eigentum sozialisiert wird. Aber heute ist es so, daß man zuerst die Arbeit sozialisieren will. An allen Straßenenden stehen die bekannten Plakate: Sozialismus ist Arbeit. Nein, Sozialismus ist nicht Arbeit (hört hört!) — einen Augenblick: es kommt darauf an, für wen gearbeitet wird. Sozialismus ist es nicht, wenn ich für den Kapitalismus arbeite. Arbeit ist erst Sozialismus unter bestimmten Voraussetzungen, und eine dieser Voraussetzungen ist, daß das Eigentum nicht mehr ein privatkapitalistisches, sondern ein gesellschaftliches geworden ist. Darum muß der Sozialismus voraussetzen die Sozialisierung der Sachen, und dann kommt erst die Sozialisierung der Menschen.

Kommen wir aber nun zu den Bedingungen des Baugewerbes, das ist zu sagen, daß das Baugewerbe noch viel weniger selbständig sich sozialisieren könnte, als vielleicht ein anderer Betrieb. Das Baugewerbe ist sicherlich unter den Industrien technisch am zurückgebliebensten. Im Baugewerbe sind nicht solch große epochale Erfindungen gemacht worden wie in andern Industrien. Das mag an tausend verschiedenen Umständen hängen; aber gerade das Baugewerbe in seiner ganzen Art ist gerippt, und darum ist die Sozialisierung des Baugewerbes eine so schwierige. Sie wird überhaupt nicht durchzuführen sein, wenn man nur die Arbeit sozialisieren wollte, ohne dazu die ganze Umwelt des Baugewerbes zu sozialisieren. Die Rohstoffherzeugung muß unter allen Umständen sozialisiert werden (Sehr richtig!), ebenso der Grund und Boden (Sehr richtig!), ehe man an die Sozialisierung des Baugewerbes gehen könnte. Aber nicht nur der Grund und Boden und die Rohstoffe müssen sozialisiert sein, sondern auch die vorhandenen Fabriken, die vorhandenen Straßen und die vorhandenen Häuser müssen zu gesellschaftlichem Eigentum erklärt werden. Erst dann besteht die Möglichkeit, eine Grundbesitz zu finden für den Neubau. Die Sozialisierung der Häuser und der Kapitalproduktion hängt mit sich auch nicht so sehr schwierig. Darüber, daß man das Verstaatlichen sozialisieren muß, nicht nur Eisenbahnen und Schiffahrt, sondern auch das Verstaatlichen, das mit Pferden und Automobilen arbeitet, braucht man wohl kein Wort zu verlieren. Ebenso klar ist, daß die Werkzeugherstellung sozialisiert werden müssen, mit denen man den Aufbau leistet. Aber schwierig ist es für manchen, sich vorzustellen, daß wir die Häuser alle den Hausbesitzern wegnehmen wollen und den Grund und Boden, auf dem die Häuser stehen. Da hat schon Ellinger gesagt, die Enteignung des Grund und Bodens ist eine unbedingte Notwendigkeit. Man muß das Eigentum denen wieder wegnehmen, die es in früheren Jahren geschaffen haben oder auf eine dem sozialen Standpunkt aus nicht berechtigte Art und Weise an sich gebracht haben. Wir werden aber doch bemerken, daß wir in dem Moment, wo man den Grund und Boden sozialisiert oder gar die Häuser in den Besitz der Gesamtheit bringt, eine beträchtliche Schicht von Menschen gegen uns haben, die großen Widerstand machen werden. Der Sobal ist vielleicht noch das leichteste, was zu überwinden ist, obwohl, wenn die Arbeiter anfangen, zu jobotieren, und dornemäßig in der heutigen Zeit, uns das schon nicht so leicht zu überwinden sein wird. Da haben wir schon eine Gewalt, die gegen uns angewendet wird, zu brechen, und es man diese Gewalt brechen kann mit der Demokratie, das glaube ich nicht. Hier wird gar nicht anders übrig bleiben, als zu sagen: Wir wollen einen Neubau leisten, und da ist diesem Neubau im Wege, darum mußst du entfernt werden.

Nacht, dann werden wir auch imstande sein, die ökonomische Wirtschaft im Sinne der Sozialisierung aufzubauen. (Bravo)

Wöllner, Hamburg: Gedenkt und Ellinger wollen das gleiche. Es handelt sich nur um die Zeit der Durchführung. Gedenkt sagte sehr richtig, die Verhältnisse bestimmen den Menschen. Aber wie kommt er dann dazu, mit seinen wenigen Genossen die Verhältnisse zu ändern, statt sie sich langsam entwickeln zu lassen? Die Ausführungen Gedenkts tiefen darauf hinaus, daß solange nicht alle arbeiten, auch der einzelne nicht zu arbeiten braucht. Zunächst kommt es aber darauf an, daß überhaupt gearbeitet wird, sonst kommen Sie dem Ziel nicht näher.

Fröhlich, Köln: Für die Ablösung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische Gesellschaftsordnung sind wir alle als Sozialdemokraten fast jeher gewesen. Aber man kann bekanntlich die Geschichte erst dann mit Vorteil prüfen, wenn sie erst ist. Der Genauere Punkt der Sozialisierung ist unklar. Durch die Einführung der sozialistischen Produktionsweise soll doch das Los der Menschen verbessert werden. Ich glaube, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Voraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise fallen werden. In dem Augenblick, wo sie sich nicht mehr rentiert, hört diese Produktionsweise ganz von selbst auf. Schon gegenwärtig kann das Unternehmertum vielfach im Baugewerbe nicht mehr arbeiten, weil es keinen Gewinn mehr dabei erzielen kann. Deshalb beteiligt sich das Privatunternehmertum vielfach gar nicht mehr an der Bauwirtschaft, und schon dadurch ist die Notwendigkeit gegeben, die Bauwirtschaft zu sozialisieren. Deshalb ist es möglich, sich darüber zu unterhalten, wann der Zeitpunkt der Sozialisierung gekommen ist. Die Not der Zeit wird ganz von selbst dazu führen. Von dem Augenblick an, wo wir die politische Macht haben, können wir diese Sozialisierung sehr leicht durchführen. Wir können die Preise für die Wohnungen so festsetzen, daß sich für die Unternehmer das Bauen nicht mehr rentiert. So ist es auch in den meisten anderen Erwerbszweigen. Da brauchen wir also gar keine Gewaltmittel mehr anzuwenden. Es würde sich erweisen, daß wir in Köln eine praktische Versuch gemacht haben. Allerdings ist das keine Sozialisierung, wir wünschen nur den Unternehmertum auszuwickeln. Das haben wir in Köln zu erreichen versucht. Eine tausend Arbeiter haben die Wohnungsarbeiten direkt von der Stadt übernommen, sie bekommen denselben Preis, den der Unternehmer sonst erhält, und nun kommt es darauf an, daß sie ebenso billig arbeiten wie der Unternehmer, der noch einen Gewinn erzielt. Allerdings handelt es sich hier um ganz einfache Erwerbungsarbeiten; schwieriger würde es sein, wenn große Maschinen, große Fachkenntnisse in Betracht kämen. Man sollte nicht soviel von der Sozialisierung reden, sondern mehr handeln, damit das Wirtschaftliche wieder zur Mitte kommt, und daß die Arbeiterbewegung wieder einig ist, damit wir die politische Macht erlangen können. Der jetzige Kampf aller gegen alle kann zu einer Verzerrung des Gewinns beitragen. Deshalb müssen wir brauchen im Lande alles tun, um die Voraussetzungen der neuen Gesellschaftsordnung zu schaffen. Das heißt, wir müssen die politische Macht erlangen, die nur durch eine einzige Arbeiterklasse erreicht werden kann.

Raplow, Berlin: Darin sind wir alle einig, daß der Kapitalismus durch den Sozialismus überwinden werden soll. Ich gehe zu denen, die wünschen, daß wir möglichst bald zu einer vollendeten Sozialisierung kommen, kann mich aber dem Einwand nicht verschließen, daß noch viele Hemmnisse bestehen, die doch wohl nach den Maßstäben Gedenkts nicht überwinden werden können. Das Gedenkt das Gerüchte Programm in seinen wesentlichen Teilen unrichtig ansetzt, hat, ist schon betont worden. Das Proletariat muß erst die politische Macht haben, und diese Macht besteht auf dem Wege der Demokratie sich nicht selbst beschaffen zu können. Einige meinen nun, das Proletariat müsse diese Macht auf anderem Wege erreichen, durch die sogenannte Katastrophe. Allerdings, wenn wir nach dem vierecksförmigen blutigen Völkermorden nun noch einen vielleicht längeren Bürgerkrieg entfachen wollen, mag die Möglichkeit bestehen, daß schließlich das Proletariat die Oberhand behält, obwohl es auch umgekehrt kommen kann; denn die Stimmabgabe bei den Wahlen hat doch gezeigt, daß die andere noch die Mehrheit haben, daß auch noch viele Hunderttausende von Arbeitern Gegner des Sozialismus sind. Wahrscheinlich würde es ja auch, wenn wir die politische Macht hätten, und wenn wir durch die Katastrophe lassen könnten, daß alles sofort einigermassen werden soll, noch starke Widerstände gegen die Gewalt angewendet werden müßten. Aber das wäre dann die Ausübung der legalen Gewalt (Sehr gut!), das wäre nicht ein Akt verbrecherischer Willkür, gleich zu adten Mord und Totschlag; sondern, wer sich dann nicht fügen will, gegen den müssen mit Recht die härtesten Mittel angewandt werden, weil eben das Volk befehlet hat, daß einigermassen, verzeihlich werden soll. Wenn das aber nur auf dem Wege der Abstimmung durch das gesamte Volk geschehen kann, dann müssen wir eben warten, bis das Volk dazu reif ist. Allerdings, damit hat Gedenkt recht, daß die Verhältnisse die Menschen beeinflussen. Sie werden sicher nach vollendeter Sozialisierung in Fragen oder Wachen viel nachvollenderen, den Sozialismus praktisch zu realisieren als durch theoretische Ausführung in Jahren. Wollen wir warten, bis der größte Teil der Menschen oder der Arbeiter dafür reif ist, dann müßten wir mit der Sozialisierung bis zum Zusammenbrücheinstand warten. Der größte Teil der Arbeiterklasse wird eben vor die praktische Probe gestellt

werden müssen und wird sie dann auch bewältigen. Die Voraussetzung ist jedoch, wie betont, die Erregung der politischen Macht, und dazu gehört, daß die Arbeiter einig sind, nicht nur in dem Ziel, sondern auch in dem Wege. Wäre die Arbeiterklasse von vornherein nach der Revolution einig gewesen, so wäre der Druck der Arbeiterstimmen so stark gewesen, daß das Bismarck längst nicht den Widerstand hätte leisten können, der heute im Parlament und in der Regierung geleistet wird. (Sehr richtig!) Also das Volk, die Arbeiterklasse, hat selbst einen großen Teil Schuld daran, wenn wir mit der Sozialisierung noch nicht weitergekommen sind. Dafür bin ich auch, daß wir vollständig alles einleigen, abgeben von dem kleinen Hausström, von Wärdern, Büchern, Taschentüchern usw. Aber der Grund und Boden und was darauf steht, die Maschinen, alles, was zur Produktion nötig ist, muß enteignet werden. Das kann mit einem Schläge durchgeführt werden, aber das Volk muß es bejahen. Ich bin auch nicht dafür, daß wir die jetzigen Besitzer mit großen Gehältern abfinden, sondern sie werden abgefunden durch Arbeit. Wer arbeitet kann, wird zur Arbeit herangezogen und erwirbt seinen Unterhalt, und wer nicht mehr arbeiten kann, wird ebenso abgefunden wie die sonstigen unterhaltspflichtigen Arbeiter. (Sehr gut!) Das Kapital brauchen sie ja doch nicht mehr. Wir brauchen das Geld nur dazu, um mit den anderen Wärdern im Austauschverkehr zu bleiben. Aber diese Expropriation der Expropriatoren kann man ebenfalls nur dann durchführen, wenn die Mehrheit des Volkes den Willen dazu bekundet hat; die Gewalt, die sich nur auf eine Minorität stützt, wird immer dazu führen müssen, daß der Bürgerkrieg entzündet wird. Und wer wollte es dann den anderen Deuten verzeihen, daß sie sich mit allen Mitteln wehren; sie können sich ja darauf berufen, daß sie die Mehrheit haben.

Das Baugewerbe wird vor allem sozialisiert werden müssen. Es wird zu den Betrieben gehören, bei denen man etwas hineinsteden muß. Wir müssen doch aus dem Elend heraus, in dem jetzt Millionen von Arbeitern sich befinden. Das sind doch keine Wohnungen, die ihnen bisher der Kapitalismus geboten hat; das sind zum Teil nur Höhlen. Eine gesunde Wohnungspolitik kann nur dann kommen, wenn von der Gesellschaft im Interesse der Gesamtheit gebaut wird. Dazu brauchen wir den Grund und Boden, die Baustoffe usw. Mir scheint, daß Kollege Ellinger etwas zögerlich an die Dinge herantreten ist. (Sehr gut!) Ich werde aber seiner Resolution zustimmen, weil mir ja doch nicht von heute auf morgen zum Sozialismus kommen, und deshalb sollten auch alle übrigen Kollegen, die im einzelnen anderer Meinung sind, dieser Resolution zustimmen, um einen einheitlichen Willensausdruck des Verbandes herbeizuführen. Das Wort Weltwirtschaft können wir heute noch nicht an die Stelle von Reich, Staaten und Gemeinden setzen, wie Gollmit das wünscht; denn wir haben die Gesellschaft noch nicht, in deren Eigentum nachher alle Dinge überführt werden sollen. Wir denken ja auch nicht an den kapitalistischen Staat, sondern wir wollen doch Staat, Reich und Gemeinden so umfassen, daß sie nur unsere Verwaltungsmaschinerie sind. Nach der ganzen Stimmung, die hier zum Ausdruck gekommen ist, erscheint es mir als das einzig Mögliche, daß wir uns, wenn auch mit inneren Vorbehalten, geschlossen hinter die Resolution Ellingers stellen.

Falkenberg, Berlin: Es geht noch vielfach der gute Wille zur Sozialisierung. Ich arbeite in einem Staatsinstitut. Die könnten sehr gut sozialisiert werden, wenn sie nur erst entmilitarisiert wären. (Sehr richtig!) Heute sind die Direktoren noch meist Generale oder Hauptleute, die keine Ahnung haben von den Bedürfnissen der modernen Wirtschaft. Es lagern in Deutschland in solchen Betrieben noch gewaltige Bestände, die nun zum Verkauf könnten umgeschmolzen werden, aber es fehlt der Wille zur Sozialisierung, man überläßt diese Dinge jetzt der Privatindustrie; diese will mit den Kriegsanleihen, die sie gestiftet hat, diese Institute kaufen und will dabei zugleich die Konkurrenz des Staates los werden, dessen Betriebe im Krieges bedeutend billiger produziert haben als die Privatindustrie. Vor allem sollten ja schnell wie möglich die Holzenergiebetriebe und die Landwirtschaf sozialisiert werden, damit wir lebensfähig werden.

Sißersmidt: Es ist sehr erfreulich, daß sich die Gewerkschaften trotz der vorhandenen Widernisse mit der Frage der Sozialisierung beschäftigen können. Die Resolution Ellinger stellt fest, daß die Gewerkschaften, auch unser Verband, die Sozialisierung wünschen und sie mit allen Kräften fördern wollen. Die Frage, ob das Bismarck die ersten Maßnahmen der Sozialisierung reif ist, wird darin bejaht. Welche Form angewandt wird, ob die Gemeinden in eigener Regie den Siedlungsbaue übernehmen oder ihn in anderer Weise fördern, ob Staat oder Gemeinde die Arbeit sofort zu übernehmen vermögen, ist eine Frage der Praxis. Wir treten jetzt in den Gemeinden draußen überall an die Frage des Siedlungsbaues heran, und es ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung, wenn ein Kongreß von Sachmännern, wie es die Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes sind, gewisse Richtlinien für den Siedlungsbaue gibt. Der Streit, ob es gegenwärtig auch zweckmäßig ist, die Diktatur des Proletariats einzuführen, scheint mir demgegenüber untergeordneter Natur. Als weiteres wesentliches Moment in der Resolution ist es reif, daß der Verbandsvorstand der Sozialisierung reif ist, wird darin bejaht. Welche Form angewandt wird, ob die Gemeinden in eigener Regie den Siedlungsbaue übernehmen oder ihn in anderer Weise fördern, ob Staat oder Gemeinde die Arbeit sofort zu übernehmen vermögen, ist eine Frage der Praxis. Wir treten jetzt in den Gemeinden draußen überall an die Frage des Siedlungsbaues heran, und es ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung, wenn ein Kongreß von Sachmännern, wie es die Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes sind, gewisse Richtlinien für den Siedlungsbaue gibt. Der Streit, ob es gegenwärtig auch zweckmäßig ist, die Diktatur des Proletariats einzuführen, scheint mir demgegenüber untergeordneter Natur. Als weiteres wesentliches Moment in der Resolution ist es reif, daß der Verbandsvorstand der Sozialisierung reif ist, wird darin bejaht. Welche Form angewandt wird, ob die Gemeinden in eigener Regie den Siedlungsbaue übernehmen oder ihn in anderer Weise fördern, ob Staat oder Gemeinde die Arbeit sofort zu übernehmen vermögen, ist eine Frage der Praxis. Wir treten jetzt in den Gemeinden draußen überall an die Frage des Siedlungsbaues heran, und es ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung, wenn ein Kongreß von Sachmännern, wie es die Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes sind, gewisse Richtlinien für den Siedlungsbaue gibt. Der Streit, ob es gegenwärtig auch zweckmäßig ist, die Diktatur des Proletariats einzuführen, scheint mir demgegenüber untergeordneter Natur.

zu tun, die unsere wirtschaftlichen Gegner sind, sondern auch mit einer großen Zahl akademisch gebildeter Techniker, Architekten des Baugewerbes, die als bezahlte Kräfte beim Staat oder bei der Gemeinde oder als selbständige Architekten tätig sind, nur die Baupläne entwerfen und mit der praktischen Ausführung nichts zu tun haben. Diese Kreise und diese Behörden soll der Vorstand drängen und schieben, damit wir möglichst bald zu praktischen Ergebnissen kommen. Das scheint mir besonders wichtig in der Resolution. Ich bitte Sie, der Resolution zuzustimmen, nicht nur, um etwas getan zu haben, sondern aus ehrlicher innerer Überzeugung mit der festen Überzeugung, die Sozialisierung zu fördern. (Bravo)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

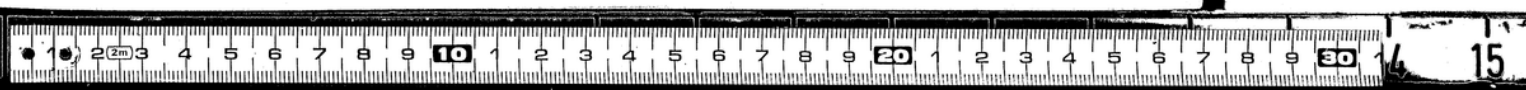
Ellinger (Schlußwort): Gedenkt hat sehr viel Selbstverständliches gesagt, aber daneben auch Theorien aufgestellt, die mich lebhaft erinnerten an die wunderbaren Aufsätzebilder der sozialistischen Utopisten. Für ihn bestehen Schwierigkeiten überhaupt nicht, oder wenn sie bestehen, geht er mit einem großen Sackto mortale darüber hinweg, indem er sagt: Schwierigkeiten sind dazu da, daß sie überwunden werden. Genieß, aber wenn er zugibt — um nur ein Beispiel anzuführen —, daß die Arbeiter heute noch nicht reif sind für die Vollsozialisierung, so darf er auch nicht verlangen, daß die Vollsozialisierung heute schon in Angriff genommen wird. Auch Raplow meinte ja, die Vollsozialisierung wäre durchführbar, wenn wir heute die politische Macht dazu hätten. Ich bleibe dabei: Wir müssen mit den vorhandenen Tatsachen rechnen, unsere Wünsche können nicht maßgebend sein, wir dürfen nicht Experimente durchführen, wenn wir nicht überzeugt sind, daß sie für die Arbeiterklasse Gutes bringen. Wirtschaftssysteme können nicht mit einem Schläge so umgeworfen werden wie politische Systeme. Man muß ein Stück nach dem anderen von dem jetzigen Wirtschaftssystem abtragen, genau wie früher der Kapitalismus im Laufe von Jahrhunderten, ja Jahrhunderten ein Stück nach dem anderen von dem feudalen Wirtschaftssystem abgetragen hat. Wir müssen schrittweise in den Sozialismus hineinwachsen, müssen die zeitlichen Betriebe zuerst sozialisieren, dann wird sich die Arbeiterklasse auch in die neuen Dinge hineinfinden und wird aus sich selbst heraus die zur Leitung der Produktion nötigen Kräfte entwickeln. Heute sehen sie diese Kräfte. In Russland hat man mit einem Schläge vergesellschaftet, aber wir hören jeden Tag, daß das ganze Wirtschaftssystem dort viel schlimmer zerrüttet ist als bei uns, und die sozialistische Materierung in Russland muß jetzt die Bourgeoisie, die Intelligenz bitten, wieder in die Betriebe zurückzuführen. Die Erfahrungen in Russland beweisen auch, daß die Annahme Gedenkts nicht zutrifft, in einer sozialistischen Gesellschaft würden die Arbeiter arbeiten, so lange es eben nötig ist. Ist doch Lenin gezwungen, die Arbeiter immer erneut daran zu erinnern, daß Sozialismus Arbeit bedeutet. Es trifft auch die Darstellung Gedenkts nicht zu, daß die politischen Streiks der letzten Monate nur geführt wurden, weil die Arbeiter nicht mehr bei Privatunternehmern arbeiten wollten. Nur wenige Leute vertreten diese Ideen, bei der großen Masse sind Gründe materieller Natur maßgebend, soweit sie nicht durch den schärfsten Terror zum Streik gezwungen worden sind. Daß in Zukunft die Produktion von den Räten getragen werden muß, halte ich nicht für nützlich. Ich glaube, die Gemeinden und Staaten müssen die Träger der sozialistischen Produktion werden; sie haben am ehesten die Organe, die Produktion zu leiten. Natürlich muß die Arbeiterklasse bei der Leitung der Betriebe in stärkster Weise mitwirken. Dann wird sie auch in kurzer Zeit in die Aufgabe hineinwachsen, die sozialistische Produktion selbst zu leiten.

Die Resolution Ellinger wird nach Ablehnung des Antrages Gollmit gegen 2 Stimmen angenommen.

Es folgt die Frage der Regulierung der Gehälter. Die Notwendigkeit der Erhöhung wird allgemein anerkannt. Es wird beschlossen, das Gehalt des ersten Vorstehenden auf M 700, das der sonstigen Vorstandsmitglieder auf M 625 und das der Regierleiter auf M 600 monatlich festzusetzen. Die Vereinsangehörigen sollen dieselben Teuerungszulagen bekommen, wie sie sich für die Bezirksleiter aus dieser Gehaltsfestsetzung ergeben. Von diesem Gesamtsatz geht der Verbandsvorstand aus der demnächst einen monatlichen Aufschlag von M 400. Die neuen Gehälter treten rückwirkend vom 1. April an in Kraft. Außerdem wird allen Verbandsgemeinschaften, einschließlich der Vereinsangehörigen, eine einmalige Teuerungszulage von M 500 gewährt. Die Hilfsarbeiter in den verschiedenen Bureaus sollen ebenfalls die festgesetzten Teuerungszulagen erhalten. Auch die Diäten für Reisen im Interesse des Verbandes werden neu geregelt.

Von einer Ergänzung des Verbandsvorstandes wird Abstand genommen, nachdem Raplow erklärt hat, daß die literarischen Arbeiten Winnigs vorläufig von Ellinger mit übernommen werden. Dem ordentlichen Verbandstag werde jedenfalls der Antrag unterbreitet werden, den Posten Winnigs wieder zu besetzen.

Der Vorsitzende des Verbandsausschusses, Daeßne, verläßt die Versammlung, das er 2 Jahre kassieren hat, um einen neugegründeten Heim der Berliner Druckarbeiter vorzubereiten. Er nimmt von dem Verbandstag Abschied und bittet, ihn als Besetzung für seine Tätigkeit im Interesse des Verbandes den Wunsch zu erfüllen, in Zukunft jede Verschleierung und jeden Eintritt innerhalb der Organisation zu unterlassen. (Reschauer Weisung.) Auf Vorschlag der Delegierten von Berlin und Brandenburg



wird der jetzige erste Vorsitzende des Berliner Ortsvereins, Kollege Gante, zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt, der erklärt hat, auf eine Wiederwahl in Berlin unter den jetzigen Verhältnissen verzichten zu wollen.

Paeplow widmet im Namen des Verbandstages dem erscheidenden Kollegen Daehne herzliche Worte des Dankes für seine langjährige unparteiische Verwaltung des Amtes des Ausschussvorsitzenden und bittet unter lebhafter Zustimmung des Verbandstages den Wunsch aus, daß es dem Kollegen Daehne noch lange vergönnt sein möge, in voller Gesundheit und geistiger Frische in seiner lässlichen Abgeordnetenstellung das Glück und Gedeihen des Deutschen Bauarbeiterverbandes mit anzusehen zu können.

Zwischen sind noch einige Anträge eingelaufen. In Konsequenz der Beschlüsse bei der Gehaltsregulierung wird beantragt, die vorher abgelehnte nachträgliche Erhöhung der Streikunterstützung nunmehr ebenfalls vom 1. April an zu bewilligen. Auf Antrag Zehner wird darüber hinaus die Erhöhung der Streikunterstützung um 50 Pfd. für alle Streikis nachträglich bewilligt, die zur Durchführung der Vereinbarung über den Gehalt und den letzten Feuerungsanlagen haben geführt werden müssen. Von Gollmitz, Berlin, wird dann nachfolgende Resolution beantragt:

Die aus allen Ecken Deutschlands anwesenden Delegierten fordern von der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes. Sie fordern die Wiederherstellung der vollen Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, durch deren Aufhebung die Entwicklung unserer Organisation sowie des ganzen deutschen Gewerkschaftslebens gehemmt und gehindert wird.

Gollmitz bittet, der Resolution einstimmig zuzustimmen. Das wäre der würdigste Abschluß des Verbandstages.

Paeplow: Ich hoffe, der Verbandstag wird den Antrag mit großer Mehrheit ablehnen. Solange in der Tagesordnung steht, solange die verschiedenen Abteilungen sich mit Besonnenheit beschäftigen, wird keine Regierung ohne zeitweiligen Belagerungszustand auskommen können; auch eine kommunistische Regierung könnte das nicht. Es ist tief bedauerlich, daß eine sozialistische Regierung zu solchen Ausschreitungen greifen muß, aber die Zustände bedingen es. An solchen Orten wird auch die Versammlungsfreiheit aufgehoben und Zeitungen verboten werden müssen, die zu Meuterei, Unruhen und Minderungen aufzufordern.

Jacob: In Sachen besteht der Belagerungszustand, ohne daß Meuterei, Unruhen und Minderungen vorzunehmen wären. Wenn der durch die ganzen Zustände herausgekommenen Meuterei zustimmen, aber im übrigen muß eine sozialistische Regierung sozialistisch handeln, um sich mit einer Bevölkerung, die nicht mit ihren Maßnahmen einverstanden ist zu verständigen. In das Maßregime hat die Regierung gegen die Streikis Militär geschickt. (Paeplow: Nachdem sie monatelang damit gewartet hat!) Nebenfalls sind die Dinge dadurch nicht besser geworden. Eine sozialistische Regierung, die die Leiden der Arbeiter kennt, muß sich mit ihnen verständigen können.

Ruth: Gln, beantragt Schluß der Debatte und Ubergang zur Tagesordnung. Wir haben keine Ursache, uns noch im letzten Augenblick den bisherigen Verlauf des Verbandstages bereuen zu lassen. (Zustimmung und Beifall.)

Gedert bittet dringend, den Antrag Ruth abzulehnen.

Der Antrag auf Ubergang zur Tagesordnung wird mit großer Mehrheit angenommen.

Gedert: Ihr seid die Heiler der Organisation! Paeplow: Dieser Zwischenruf ist aufs Schärfste zu rügen. Ich muß den Verbandstag gegen eine solche Verleumdung in Schutz nehmen. Kollege Gedert wird solche Zwischenrufe nicht mehr machen, sonst wird vielleicht der Verbandstag gegen ihn noch etwas anderes beschließen müssen. (Zuruf: Er möchte gar zu gern zum Märtyrer werden!)

Wir sind nun am Schluß der Verhandlungen. Wir haben viele Meinungsverschiedenheiten und noch stehen einen ganz heftigen Zusammenstoß erlebend. Es ist erklärlich, wenn ein so scharfer Widerstand gegen die jetzige Regierung bei einem Teil unserer Kollegen besteht, daß sie sich nicht überlegen lassen, daß es nicht am guten oder bösen Willen der Regierung liegt, sondern an den Zuständen, vor denen die Regierung steht. Solange überall Mißtrauen geist wird, wird es eine Verständigung nicht geben. Ich gebe trotzdem die Hoffnung nicht auf, daß wir uns wiederfinden werden. Dazu ist vor allem nötig, daß die Kollegen den Verband mehr als einen Wegweiser und nicht Angehörte des Verbandes betrachten, nur, weil sie der Wechsellagerungsdemokratie angehören. Ich erinnere an den Kollegen Krause in Königsberg. Er hat in jahrelanger Tätigkeit den Verein in Königsberg hochgebracht, hat seine Verurteilten aus dem Dreck herausgeholt. (Sehr richtig!) Früher lag der Verein am Boden durch die Wagnitionen der Geschäftsleute, die gemeinsam mit dem Unternehmerverband die Abregulierung unserer Mitglieder durchsetzten. Der rassistische Artikel Krause ist es zu danken, daß der Verein in Königsberg jetzt fast genug war, den Unternehmern überleben zu lassen. Die Abregulierung ist gut, aber ich sehe nicht wiederbesitz wegen seiner Zugehörigkeit zur Wechsellagerungsdemokratie. (Zuruf: Ja.) Ich hoffe, daß solche Fälle sich nicht wiederholen, daß die Kollegen in Zukunft innerhalb der Organisation weniger Politik treiben als vielmehr die gewerkschaftlichen Aufgaben fördern, damit

unser Verband immer größer und mächtiger wird. Wenn der politische Fader um sich greift, kann das nur zu einer Verjüngung und Verinnerlichung der Organisation führen.

Den Weimarer Kollegen danke ich für den freundlichen Empfang und für die Willigkeit, die sie uns während der Tagung erwiesen haben. Ich danke auch allen Delegierten und Gästen für die aufmerksame Mitarbeit am Verbandstag. Wenn wir im nächsten Jahre einen ordentlichen Verbandstag abhalten werden, wird die Zahl der Delegierten vielleicht viel größer sein, und wir werden dann auch viele Dinge zu erledigen haben, die wir auf einem außerordentlichen Verbandstag nicht erledigen konnten. Wir werden die Vertragsfrage ansprechen müssen, werden dann auch vielleicht schon klar darüber stehen, ob unsere Unterstützungen weiter ausgebaut werden können oder ob wir an einen Abzug herantreten dürfen. Wir werden dann auch hoffentlich eine größere Mehrheit in der Frage der Sozialisierung haben. Die allseitige Freude wäre es, wenn wir dann auch über die Sozialisierung einig wären, und wenn dann die Arbeiterkraft in ihrer Gesamtheit und die Bauarbeiterkraft im besonderen wieder einig und geschlossen marschieren würden. (Lebhafter Beifall.)

Der Verbandstag schließt, indem die Delegierten den ersten Vers der Arbeitermajestäts anstimmten.

Die Unternehmerverbände haben die Reichsarbeitsverträge angenommen.

Am 12. Mai gingen beim Reichsverband die Mitteilungen ein, daß der Deutsche Arbeitgeberverband des Baugewerbes und auch der Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes die Reichsarbeitsverträge angenommen haben. Wir haben der Gegenseite mitgeteilt, daß auch unser Verbandstag die Annahme der Verträge beschlossen hat. Für unsere Reichsmitglieder haben also beide Verträge jetzt Rechtskraft. Somit ist damit die Forderung der Reichsregierung für den Hochbauvertrag und der Beschluß der Reichsregierung und Heizer für den Tiefbauvertrag noch aus. Die Zimmerer halten Anfang Juni ihren Verbandstag ab und werden dort über den Vertrag beraten. Wir nehmen an, daß auch diese beiden Organisationen die Zustimmung ihrer Mitglieder erhalten werden. Damit wären dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen für ein Jahr geregelt.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Bestandsgewinn vom 12. Mai. In diesem Bericht sind wieder alle Bezirke beteiligt. Von ihnen 760 Vereinen sind 744 mit 295.794 Mitgliedern erfasst, von denen sich 8907 oder vom Hundert 3,01 arbeitlos oder mehrheitlich arbeitslos waren. Es sind 3,40 vom Mitgliederhundert. Daraus allein können wir gegenüber machte sich in den Bezirken Bromberg, Frankfurt und Hamburg eine allerdings nicht bedeutende Zunahme bemerkbar. Die verhältnismäßig größte Arbeitslosigkeit hatten auch diesmal die Bezirke Leipzig mit 6,2, Dresden mit 6,1, Berlin mit 5,7 und Hamburg mit 5,5 Arbeitslosen auf je 100 Mitglieder. 4366 Arbeitslose empfangen Arbeitslosenunterstützung, vom Hundert der Mitglieder 1,48 gegenüber 1,64 in der Vorwoche.

Bezirk	Reichsverband		In den Reichsverbänden		In den Reichsverbänden waren am Bestenstandstage arbeitslos	
	Bezirke	Mitglieder	Bezirke	Mitglieder	Bezirke	Arbeitslose
Königsberg	22	22	22	22	—	—
Bromberg	28	28	28	28	—	—
Stettin	70	70	70	70	—	—
Dresden	60	60	60	60	—	—
Berlin	72	72	72	72	—	—
Hamburg	47	47	47	47	—	—
Leipzig	50	50	50	50	—	—
Frankfurt	15	15	15	15	—	—
Gln	14	14	14	14	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	—
Köln	60	60	60	60	—	—
Dortmund	12	12	12	12	—	—
Hannover	41	41	41	41	—	—
Bremen	30	30	30	30	—	—
Stuttgart	70	70	70	70	—	

